Nr. 121

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

12. Juli 2019
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Die Migranten sind unsere Klassenbrüder und -schwestern!

Über 15.000 Flüchtlinge sind in den letzten fünf Jahren im Mittelmeer ertrunken. Das Mittelmeer hat sich einen Friedhof verwandelt – den größten und schändlichsten Europas!
Und es gäbe noch viel mehr Tote, wenn Hilfsorganisationen nicht einen Teil der auf dem Meer treibenden Flüchtlinge rechtzeitig finden würden. Doch deren völlig überfüllte Rettungsboote irren nun wochenlang über das Mittelmeer: Weil kaum ein europäisches Land die Geretteten freiwillig aufnimmt. Und weil die italienische Regierung sie mittlerweile sogar mit Polizeischiffen daran hindert, in einen ihrer Häfen einzulaufen.

Die 31jährige Kapitänin Rackete hatte diese Situation nicht mehr ertragen. Nach 16 Tagen Irrfahrt hat sie schließlich die Polizeisperre durchbrochen, um die völlig erschöpften und verzweifelten Menschen endlich an Land zu bringen. „Die Verantwortungslosigkeit der europäischen Staaten hat mich gezwungen, so zu handeln“, stellt sie wütend fest.

Für diesen mutigen Akt der Menschlichkeit wollte der rechtsextreme italienische Innenminister Salvini sie 10 Jahre ins Gefängnis bringen! In den Medien und sozialen Netzwerken hat er zu einer regelrechten Hexenjagd gegen sie getrommelt. Ja, wir sind auf dem Weg in eine Gesellschaft, wo es gegen das Gesetz verstößt, Migranten in Not zu helfen. Die Passagiere einer gekenterten arabischen Luxusjacht hingegen würde Salvini nicht ertrinken lassen.

Zum Glück gibt es viele Menschen, die dem nicht schweigend zuschauen. In Italien haben tausende Menschen protestiert und 430.000 Euro zu Racketes Unterstützung gesammelt.
In Deutschland gab es ebenfalls eine Welle der Solidarität. Und letzten Samstag gingen zehntausende in vielen deutschen Städten auf die Straße, um gegen die Kriminalisierung aller Rettungsaktionen zu demonstrieren und dafür, dass die europäischen Staaten alle Flüchtlinge aufnehmen.

Wenn es nach rechtsextremen Politikern wie Salvini oder der AfD geht, dann soll man die Migranten ertrinken lassen! Oder sie nach Libyen oder Tunesien zurückschicken, was quasi auf dasselbe rauskommt. Denn wenn sie nicht in den grausamen Flüchtlingslagern Libyens zugrunde gehen, werden sie die Überfahrt wieder und wieder versuchen, bis sie es schaffen – oder sterben.
Dies lässt ermessen, welche Verzweiflung sie antreibt! Der Kapitalismus ist in einem Zustand des Verfalls: Er lässt immer größere Teile der Welt in dauerhaftem Krieg oder solch hoffnungslosem Elend versinken, dass Menschen lieber wiederholt ihr Leben riskieren, als dorthin zurückzukehren.

Ein regelrechter Krieg aber hat begonnen, um die Flüchtlinge mit allen Mitteln daran zu hindern, bis nach Europa oder in die USA zu gelangen. Immer mehr gefährliche Grenzen und Stacheldraht überziehen den Planeten. Und diesen Krieg führen nicht nur ein Trump in den USA, nicht nur rechtsextreme Regierungen wie in Ungarn oder Italien, sondern auch die sich ach so menschenfreundlich gebenden Staaten wie Frankreich und Deutschland.

18 diktatorische Regime insbesondere in Afrika werden von der EU dafür bezahlt, die Flüchtlinge aufzuhalten – egal mit welchen Methoden, selbst wenn sie sie foltern und als Sklaven verkaufen. Ja, selbst wenn in diesen Ländern selber Krieg herrscht und die Flüchtlingslager bombardiert werden, wie in Libyen.

Und alle EU-Staaten sind sich einig darin, die EU-Außengrenze immer mehr in Todesfallen zu verwandeln… für die Wenigen, die es trotz allem bis aufs Mittelmeer schaffen: Die Europäische Küstenwache wird zu einer 10.000 Mann-starken Armee umgebaut, die die Flüchtlinge in die Hölle nach Libyen oder Tunesien zurücktreiben soll.

Die Regierungen versuchen uns einzureden, sie würden diesen Krieg gegen die Ärmsten zu unserem Schutz führen. Sie sagen: „Wir können schließlich nicht das ganze Elend der Welt bei uns aufnehmen.“ Doch das Elend kommt nicht von außen!

Die viele Armut, die es bei uns in Deutschland gibt, haben nicht die Migranten ins Land gebracht – sondern unsere heimischen Kapitalisten: Indem sie immer wieder Tausende in die Arbeitslosigkeit drängen, wie gerade erst wieder Kaufhof, BASF, Ford oder die Deutsche Bank. Und indem sie, um ihre Profite zu steigern, bedeutende Teile der Arbeiter in Niedriglohn- und Teilzeitjobs gezwungen haben.
Die Regierungen haben mit den Hartz-Gesetzen, der Rente mit 67 und all den Einsparungen in Kliniken, Schulen und bei sozialen Unterstützungsmaßnahmen die Armut ebenfalls vergrößert.

Ganz gleich was an den Grenzen passiert, unsere eigenen Kapitalisten und Regierungen werden uns weiter angreifen, werden die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandertreiben.
Die Konzerne und Regierungen der reichen Staaten – und ihr krisenhafter, verfaulter Kapitalismus – sind für die Armut bei uns verantwortlich. Und dieselben sind auch für die Ausplünderung der ärmeren Staaten verantwortlich, für das Elend und die Kriege, die Millionen Männer, Frauen und Kinder in die Flucht treiben.

Wir können nicht verhindern, dass uns die Armutsspirale immer weiter bergab zieht, wenn es uns nicht gelingt, uns (Deutschen und Migranten) gemeinsam Gehör zu verschaffen und gegen unsere Ausbeuter unser aller Recht auf ein würdiges Leben durchzusetzen.

Für die volle Bewegungsfreiheit und das Bleiberecht der Migranten einzutreten, ist ein Akt elementarer Menschlichkeit. Und es ist auch ein Ausdruck von Klassenbewusstsein. Arbeiter, egal woher wir kommen, unser aller Schicksal ist untrennbar miteinander verbunden!

Griechenland:

Tsipras wird abgestraft für seine Unterordnung unter das Kapital

In Griechenland hat die konservative Partei die Parlamentswahlen gewonnen. Premierminister Tsipras und seine Syriza-Partei mussten abtreten. Das ist das Ergebnis einer Regierung, in die die einfache Bevölkerung vor wenigen Jahren noch so viel Hoffnung gesetzt hatte.





Als Tsipras 2015 an die Macht kam, war die griechische Bevölkerung ausgeblutet: Eine Spirale aus Überschuldung und Spekulationen – an denen die europäischen Banken kräftig verdient hatten – hatte den griechischen Staat 2010 in den Bankrott getrieben. Er wurde unter Vormundschaft gestellt: Die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds zwangen die griechische Regierung, drastische Sparpläne umzusetzen: Die einfache Bevölkerung musste für die Schulden bezahlen, für die sie nicht verantwortlich war!

Die Folgen dieser Sparpläne, die sowohl die konservative wie die sozialdemokratische Partei durchführten, waren dramatisch: Die Arbeitslosigkeit vervierfachte sich, während die Löhne halbiert wurden. Die Krankenhäuser verfielen, zahllose Menschen verloren ihre Wohnung.
Nach fünf Jahren konnte die Bevölkerung nicht mehr: Bei den Wahlen setzte sie ihre Hoffnungen auf eine neue Partei – Syriza – die vorgab, sich den Erpressungen der Banken und den mächtigen Staaten der EU entgegenzustellen und die unerträgliche Sparpolitik zu beenden. Im Januar 2015 wurde Syriza mit 36% der Stimmen gewählt, und Tsipras wurde Premierminister. Fünf Monate lang weigerte er sich, noch weiter bei Renten, Löhnen und im Öffentlichen Dienst zu sparen, wie es EU und Banken verlangten. Noch Anfang Juli 2015 organisierte er sogar eine Volksabstimmung zu dieser Frage, bei der mehr als 60% der Bevölkerung sich hinter ihn stellten.

Doch Tspiras einzige Perspektive bestand darin, mit den Staats- und Bankchefs über Finanzpläne zu verhandeln. Nie hat er versucht, sich auf Kämpfe der Arbeitenden zu stützen, um die Sparpläne zu verhindern. Und damit war er von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Denn die großen Banken und EU-Staaten waren nicht bereit, ihm auch nur das kleinste Zugeständnis zu machen. Im Gegenteil, sie wollten an Griechenland ein Exempel statuieren, dass kein Land es wagen sollte, sich den Forderungen der großen Banken und imperialistischen Staaten zu widersetzen.

Daher drehten die Banken und Staaten Griechenland den Kredithahn zu. Und nur acht Tage nach der Volksabstimmung gab Tsipras klein bei. Trotz Protesten der Arbeiter stimmte er weiteren Sparplänen und weiteren Entbehrungen für die einfache Bevölkerung zu.

Nachdem Tsipras so viele Hoffnungen und Illusionen geschürt hatte, wundert es nicht, dass den griechischen Arbeitern die Sparpläne nach Syriza-Art im Hals stecken blieben. Dies hat die konservative Partei heute wieder an die Macht gebracht.
Diese wird nicht nur die Sparpläne fortsetzen und verschlimmern. Sie wird der Regierung obendrein auf vielen weiteren Ebenen einen reaktionären Charakter verleihen.

Für uns Arbeiter enthält die Entwicklung in Griechenland zwei wichtige Lehren: Nämlich dass wir nicht darauf hoffen können, dass ein Politiker uns rettet. Und dass alle, die sich der Macht der Banken und des Geldes entgegenzustellen vorgeben, ohne die Wurzeln der kapitalistischen Macht anzugreifen, letztlich selber zu Dienern der Banken und des Großkapitals werden.

Unsere einzige Perspektive besteht darin, selber für unsere Interessen zu kämpfen und den Kampf irgendwann bis zum Ende zu führen, bis zur Enteignung der großen Banken und Konzerne.

(nach einem Artikel unserer französischen Genossen von Lutte Ouvrière vom 8. Juli 2019)

2.500 Euro Mindestlohn – aber bitte für alle!

Gesundheitsminister Spahn hat vorgeschlagen, einen Mindestlohn von 14 Euro in der Pflege einzuführen. Das wären bei Vollzeit 2.500 Euro Brutto im Monat, also im Schnitt 1600 Euro Netto. Bei der Vorstellung erklärte er: "Das ist immer noch wirklich ein Mindestlohn.“
Da kann man ihm ausnahmsweise nur zustimmen, und zwar nicht nur für die Pflege, sondern für alle Arbeitenden, in allen Branchen!

* * *

Spahn hat nur ein Detail vergessen hinzuzufügen: Was nutzen einem 14 Euro Stundenlohn, wenn man – wie auch viele in der Altenpflege – in Teilzeitverträge mit 20 oder 30 Stunden gezwungen wird? Um leben zu können, brauchen wir keinen Stunden-, sondern einen Monats-Mindestlohn!

Waldbrand: Eine Bomben-Zukunft

Tagelang konnte der große Waldbrand in Mecklenburg-Vorpommern nicht gelöscht werden, weil im Boden noch immer tonnenweise Sprengstoff-Munition der Wehrmacht lagert. Bei der Gelegenheit kam heraus, dass es in ganz Deutschland solche munitionsverseuchten Gebiete aus dem 2. Weltkrieg gibt, die bei jedem Waldbrand zu einer explosiven Gefahr werden.

Laut Regierung und Bundeswehr wäre es viel zu teuer, alle bekannten Flächen in Deutschland zu räumen und die Munition zu entsorgen. Dabei würde dies laut den Angaben des mecklenburgischen Munitionsbergungsdienstes weniger kosten… als die Herstellung des neuen Schützenpanzers „Puma“, die 1,6 Milliarden Euro kostet.

Doch für die Regierung ist es wichtiger, die Rüstungskonzerne zu beglücken und Waffen für künftige Kriege zu kaufen – als die tickenden Zeitbomben aus dem letzten großen Krieg hier zu entfernen.

Ein Aktionstag für Arbeitsplätze und Umweltschutz, oder für Konzernbosse?

Am 29. Juni haben zehntausende Gewerkschafter an dem Aktionstag der IG Metall für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze teilgenommen – darunter viele Jüngere, die zu Recht darüber empört sind, dass Konzerne und Regierung Arbeitsplätze und Umweltschutz gegeneinander ausspielen.

Doch was sind die Perspektiven der IG Metall-Führung? Sie fordert, dass der Staat Milliarden an öffentlichen Geldern ausgeben soll – nicht etwa für die Arbeiter, sondern um den Autokonzernen beim Verkauf ihrer Elektro-Autos zu helfen! Die IG Metall stellt sich nicht einmal dagegen, dass die Konzerne im Namen des Klimaschutzes Arbeitsplätze vernichten. Sie fordert einzig, dass der Staat diesen Arbeitern dann Kurzarbeit mit Umschulungen finanziert – während VW, Daimler, Bosch und Co. weiter Milliardengewinne machen.

In Wahrheit ist der Klimaschutz nur ein Vorwand für Entlassungen. VW, Daimler und BMW haben die Vernichtung von 60.000 Arbeitsplätzen in den nächsten zwei bis drei Jahren angekündigt, angeblich weil man für Elektroautos weniger Arbeitsplätze bräuchte. Dabei werden noch quasi gar keine E-Autos produziert! Den Bossen der Autoindustrie geht es um nichts anderes als den anderen Konzernen, die derzeit massenhaft Stellenabbau und Entlassungen ankündigen: nämlich um ihren Profit.

Eine Gewerkschaft, die diesen Namen verdient, würde diese Lügen entlarven. Sie würde aufzeigen, dass die Konzerne mit ihren jahrelangen Milliardengewinnen alle Arbeitsplätze und Löhne erhalten können. Dass sie dies aber nicht freiwillig tun: Dafür braucht es harte und entschlossene Streiks der Arbeiter GEGEN die Unternehmer, in möglichst vielen Betrieben und Branchen gemeinsam. Sie würde außerdem aufzeigen, dass wir Arbeitenden letztlich nur dann dauerhaft Arbeitsplätze und Umwelt schützen können, wenn wir die Konkurrenz- und Profitlogik der Unternehmer grundsätzlich in Frage stellen.

Die heutigen Gewerkschaften aber sind tiefgehend in diese Gesellschaftsordnung und den Staat integriert. Statt Klassenkampf verbreitet die Gewerkschaftsführung die Politik der herrschenden Klasse unter den Arbeitern und hilft dabei mit, diese durchzusetzen.

Um für ihre Arbeitsplätze (und letztlich auch für die Umwelt) zu kämpfen, werden sich die Arbeitenden gegen die Unternehmer und deren Staat richten und hierfür die Gewerkschaftsführung überwinden müssen.

EU-Spitzenposten: ein Abbild der zerrissenen Europäischen „Union"

Wochenlang hat es gedauert, bis sich die 28 EU-Staatschefs mühsam darauf geeinigt hatten, wer nach der EU-Wahl die Spitzenposten in der EU bekommen soll.

Wie immer hatten die beiden Großmächte der EU, Deutschland und Frankreich, sich im Vorfeld abgesprochen und erwartet, dass die übrigen Staatschefs ihrem Vorschlag zustimmen. Doch die rechten Staatschefs Italiens und der osteuropäischen Staaten hatten ihn abgelehnt: Es war eine Gelegenheit für sie zu zeigen, dass sie sich nicht immer dem Willen der Großmächte unterwerfen.

Ihren zweiten Vorschlag haben Deutschland und Frankreich dann mit einigen Drohungen und Machtworten durchgesetzt: Die Deutsche von der Leyen soll EU-Kommissionschefin werden, die Französin Lagarde Vorsitzende der Europäischen Zentralbank. Das EU-Parlament muss diesen Vorschlag aber noch bestätigen… und so geht der Zirkus nun von vorne los.

Die Europäische Union ist aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus entstanden. Nur so können vor allem die deutschen und französischen Kapitalisten überhaupt mit ihren amerikanischen und asiatischen Rivalen konkurrieren. Doch der EU ist es nie gelungen, die Rivalitäten zwischen den französischen, deutschen, britischen, italienischen Kapitalisten und ihren jeweiligen Staaten zu überwinden.

Die Wirtschaftskrise heizt diese Rivalitäten weiter an und verstärkt das Risiko von Spaltung und Zerfall der Europäischen Union. Die Schwierigkeiten, sich bei der Besetzung der EU-Spitzenposten zu einigen, sind ein Ausdruck dieser Entwicklung; der Brexit ist ein weiterer.

Dabei ist die Vereinigung Europas eine Notwendigkeit. Die nationalen Wirtschaften aller europäischen Länder hängen voneinander ab und sind tief miteinander verflochten. Die Konzerne haben ihre Produktion längst im europaweiten Maßstab organisiert. Auch viele mittelständische Betriebe produzieren für den gesamten europäischen Markt und darüber hinaus. Ganz zu schweigen davon, dass die Bevölkerungen Europas seit Jahrhunderten eine gemeinsame Geschichte haben.

Immer deutlicher aber wird, dass der Kapitalismus unfähig ist, Europa zu vereinen. Dafür werden die Arbeitenden in ganz Europa die herrschenden Konzerne und Banken enteignen müssen – und damit auch endlich die Grenzen und die sozialen Ungleichheiten in Europa beseitigen.

Eine sehr bittere Schokolade

Auf den Nussplantagen in der Türkei, wo die Nüsse für Nutella und andere Produkte der Lebensmittelkonzerne angebaut werden, werden syrische Flüchtlinge unter den schlimmsten Bedingungen ausgebeutet: Sie erhalten erbärmliche Löhne, werden von „Arbeitsvermittlern", wie sich diese Menschenhändler nennen, erpresst und ausgenommen. Arbeitsgesetze? Fehlanzeige! Selbst Kinderarbeit ist auf den Plantagen Alltag.

Nachdem die EU alles dafür getan hat, die Flüchtlinge, die nach Europa wollten, in der Türkei (und später in Libyen) festzuhalten, sind sie dort Opfer von Menschenhändlern – die letztlich die schmutzige Arbeit für die großen Marken Nestlé, Ferrero und Godiva machen. So machen sich die großen Konzerne das Elend der Flüchtlinge zu Nutze, die vor den Mauern der „Festung Europa" gestrandet sind.

Deutsche Bank: Die Banker zocken, die Arbeitenden verlieren

Die Deutsche Bank vernichtet weltweit 18.000 Jobs: Jeden fünften Arbeitsplatz! Bereits wenige Stunden nach dieser Ankündigung erhielten über tausend Beschäftigte in New York, Singapur, Hong Kong und London ihre Kündigung. Nachdem sie jahrelang für die Deutsche Bank gearbeitet hatten, mussten sie noch am Montag ihre Sachen packen und wurden in Gruppen aus dem Gebäude geführt.

In Deutschland sollen mehrere tausend Jobs in den Filialen abgebaut werden. Dabei fehlt es hier jetzt schon hinten und vorne an Personal. In den Postbank-Filialen (die zur Deutschen Bank gehören) kommt es ständig zu langen Warteschlangen, zum Teil bis nach draußen.



Oder die Tür ist verschlossen, mit einem Schild: „Wegen Personalengpässen heute geschlossen." Für die Kunden und Beschäftigten ist sicher nicht noch weniger, sondern mehr Personal nötig!

In den letzten 20 Jahren hat die Deutsche Bank einen Großteil ihres Geschäfts auf die weltweite Finanzspekulation ausgerichtet. Sie war eifrig mit beteiligt an allen Spekulationskrisen, nicht zuletzt an der Finanzkrise von 2008 und der Eurokrise von 2010 – Krisen mit katastrophalen Folgen für ganze Bevölkerungen.
Und nun, wo diese Ausrichtung zu viel Verluste einbringt, bringt sie die Krise über ihre Beschäftigten.

Im Interesse aller muss die Deutsche Bank – genau wie alle anderen Banken – enteignet und so daran gehindert werden, weiter Schaden anzurichten!

Gewerbesteuer: Wer reich ist, kriegt viel geschenkt

Die Stadt Leverkusen hat ihre Gewerbesteuer halbiert. Was natürlich vor allem „dem" Leverkusener Unternehmen nutzt: dem Bayer-Konzern.
In den Schulen bröckelt der Putz von den Wänden, hunderte Beschäftigte des städtischen Krankenhauses wurden in Niedriglohnfirmen ausgelagert, weil „kein Geld da ist"… Und nun ist noch weniger Geld da, weil man dem Bayer-Konzern (der dutzende Milliarden aus dem Fenster geschmissen hat, um Monsanto aufzukaufen) zwischen 100 und 200 Millionen Euro an Steuern schenkt!

Die Gewerbesteuer ist nicht im ganzen Land einheitlich. Oberhalb des Mindestsatzes entscheidet jede Stadt selber, wie viel Steuern sie verlangt. Gerade die ärmeren Städte bringt dies in eine Zwickmühle. Sie müssten eigentlich höhere Steuern verlangen, um das Nötigste an öffentlichen Einrichtungen bezahlen zu können. Doch sobald sie dies tun, drohen die Unternehmen: „Dann verlegen wir unseren Firmensitz in eine andere Stadt." Sie erpressen die Städte, setzen sie in Konkurrenz zueinander und drängen sie dazu, die Steuern zu senken… auf dem Rücken der einfachen Bevölkerung.

Die Bosse haben die Macht, zu entlassen, Standorte und auch Firmensitze zu schließen und sie woanders wieder zu eröffnen. Mit dieser Macht können sie ihre Arbeiter und die ganze Gesellschaft erpressen. Denn dadurch dürfen und können sie alleine entscheiden, was wie wo mit wie viel Arbeitern produziert wird.

Eben diese Macht muss man ihnen wegnehmen.

AfD: eine gefährliche Entwicklung nach rechts

Der extrem rechteste „Flügel" der AfD um den Thüringer Landesvorsitzenden Höcke fühlt sich mittlerweile stark genug, um offen zur Eroberung der Parteigremien und des Bundesvorstands aufzurufen. Sie wollen die „Moderaten" – die Anhänger der Parteichefs Meuthen und Gauland – verdrängen. Ja, die AfD entwickelt sich so schnell nach rechts, dass rechtsextreme Hetzer wie Gauland heute schon zu den „Moderaten" gehören!

Als die AfD 2013 gegründet wurde, war sie vor allem eine euroskeptische Partei. Dann bildete sich am rechten Rand eine Gruppe um Frauke Petry, die aus der Hetze gegen Flüchtlinge und den Islam das neue Thema Nr. 1 der AfD machen wollte – und setzte sich durch. Petry wurde von dem noch rechteren Flügel um Gauland und Weidel verdrängt, letztere wiederum von den rechtextremeren Anhängern Meuthens. Und dieser nun vielleicht bald vom Höcke-Flügel, der sich offen auf die Nazizeit bezieht und rechtsradikale Schläger in seinen Reihen willkommen heißt?

In Ostdeutschland ist der Flügel besonders stark. Und wenn die AfD hier bei den Landtagswahlen im Herbst die prognostizierten 20-25% der Stimmen erhält, könnte Höckes Flügel durchaus die Leitung der AfD übernehmen.
Man kann sich ausmalen, wie dies die rechtsradikalen Schlägertruppen weiter stärken und ermutigen würde – man denke nur an die Ereignisse in Chemnitz oder den Mord an Regierungspräsident Lübcke in Kassel!

Und auch in der AfD werden vielleicht nicht mehr alle nur bei Wahlkämpfen bleiben, sondern auch mit den Fäusten kämpfen wollen. Ähnlich wie in Ungarn, wo die Wahlerfolge einer solchen Partei zur Gründung faschistoider Milizen geführt haben, die in Uniformen aus der Nazi-Zeit durch die Straßen marschieren, Angst verbreiten und Roma-Dörfer terrorisieren.

Die AfD ist schon jetzt eine Bedrohung: Sie hat bereits jetzt zu einer Rechtsentwicklung in der gesamten Gesellschaft geführt und zu ihrer Verrohung beigetragen. Sie vergiftet schon heute das Klima unter den Arbeitenden in den Betrieben und Stadtvierteln. Doch morgen kann sie zu einer tödlichen Gefahr für die Arbeiterklasse werden.

Wir müssen uns über die Gefahren dieser Partei bewusst werden und gegen sie ankämpfen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!